Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 499 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 9. Oktober

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Der Waffenanfall auf Hugo Haase

Wie das Attentat geschah. — Haases Verletzungen. — Der Täter geistig minderwertig. — Keine politischen Attentatsgründe.

Das Attentat.

Berlin, 8. Oktober.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe mitteilen konnten, wurde gegen 1 Uhr vor dem Reichstagsgebäude, an der Ecke der Sommer- und Simonstraße, von einem gut gekleideten Zivilisten auf den unabhängigen Abgeordneten Hugo Haase ein Attentat ausgeführt. Unser hf-Sonderberichterstatter drahtet dazu aufsühlich:

Der Angreifer gab auf Haase, der sich in Begleitung seiner Frau befand, mehrere Schüsse ab, die jedoch fehl gingen. Als der Täter sah, daß die Schüsse ihr Ziel verfehlt hatten, lief er Haase nach und gab noch weitere Schüsse ab. Der Täter warf darauf die Pistole fort, hob beide Hände in die Höhe und ließ sich ohne auch nur den geringsten Widerstand zu leisten, verhaften. Haase wurde in das Reichstagsgebäude gebracht, wo ihm sofort die erste Hilfe geleistet wurde.

Wie sich bei der ärztlichen Untersuchung, die im Flur des Reichstages stattfand, herausstellte, ist der Abgeordnete Haase von drei Kugeln getroffen worden. Er trug eine Arm- und eine Beckenverletzung davon. Der dritte Schuß ging durch den Unterleib. Haase wurde in einem Auto vom Reichstag in das Hedwigskrankenhaus gebracht.

Bei Beginn der Sitzung der Nationalversammlung, die sich infolge des Attentates verzögerte, nahm Präsident Fehrenbach das Wort zu einer Erklärung, die das Haus stehend anhörte. (Siehe Sitzungsbericht der Nationalversammlung.)

Abgeordneter Haase ist an zwei Stellen verletzt, und zwar durch einen Durchschuß am rechten Unterschenkel und durch einen Streifschuß am rechten Oberschenkel. Die Verletzung ist nicht gefährlich und wird binnen acht Tagen wieder geheilt sein. — Der Kommissar der Polizeiwache vor dem Reichstagsgebäude war gerade bei dem Posten 8 anwesend, als das Attentat erfolgte. Nach dem zweiten Schuß stürzte er auf die Straße und wollte den Attentäter mit blanker Waffe niederstrecken. Doch kam ihm ein anderer zuvor und nahm den Attentäter fest.

Der Täter.

Der Täter ist ein Oesterreicher, und zwar ein Lederarbeiter. Bei seiner Verhaftung erklärte er, Haase habe ihm genügend im Leben geschadet, und deswegen sei er dazu getrieben worden, auf Haase ein Attentat zu verüben. Der Täter heißt Johann Voß. Er ist 51 Jahre alt und in Wien geboren.

In einer Unterredung, die ein Zeitungsvertreter mit dem Attentäter hatte, erklärte ihm dieser, daß er seit 1911 in Berlin sei. Seit dem 14. August sei er arbeitslos. Er habe die Wahrnehmung gemacht, daß die preußische Klassenlotterie betrügerisch vorgehe. Sie spiele ganz bestimmten Personen die Hauptgewinne in die Hand, indem die Beamten andere Nummern als die gezogenen herausnehmen und aufrufen. Er habe darauf sofort den Antrag zur Nachprüfung der Sache gestellt, seine Beschwerde führte aber zu keinem Erfolg. Darauf habe er sich direkt an den Finanzminister gewendet, es wurde gegen ihn darauf Strafantrag wegen Erpressung gestellt, dessen Termin am 26. Oktober sei. In der Angelegenheit, so führte der Attentäter aus, habe er auch ein Flugblatt verfaßt, das ihm heute abgenommen worden sei. Es trägt die Ueberschrift: „Die Schuld der Hohenzollern am Weltkrieg" und ist ein Appell, kein Klassenlotterielos zu kaufen, da das Lotterieunternehmen schwindlerisch sei. Da auf anderem Wege die Sache nicht zur Aufklärung kam, habe er sich im Mai 1918 an den Abg. Haase gewandt, mit der Bitte, die Angelegenheit im Parlament vorzubringen, weil er der sei, der der Partei der Unabhängigen angehöre und der er selbst am nächsten stehe. Von vornherein habe er den Eindruck gehabt, daß Haase aus der Sache ein Privatgeschäft machen wolle. Haase, mit dem ich selbst nur schriftlich oder durch meine Frau verhandelt habe, hat die Sache endlos hinausgeschoben. Am 28. Juni habe er ihn getroffen und ihn nochmals um Erledigung der Angelegenheit gebeten.

Haase habe darauf erklärt, er habe keine Zeit, und meine Beweise seien nicht ausreichend. Darauf habe er den Eindruck gehabt, daß Haase bestochen (!) sei. Nachdem er verschiedene Male noch mit Haase ohne Erfolg gesprochen habe, sei er stark auf ihn erbittert worden und habe auch seiner Frau gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er sich an ihm noch einmal vergreifen werde. Um die Oeffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, beschloß er, ihm durch Pistolenschüsse Verletzungen beizubringen. Er lauerte ihm gestern deshalb vor dem Reichstagsgebäude auf, konnte ihn aber nicht mehr erreichen, da er schon zu weit fort war. „Heute mittag", so sagt der Täter, „habe ich mich wieder eingefunden und auf Haase, als er ungefähr 5 Schritte von mir entfernt war, einen Schuß abgefeuert. Da ich glaubte, ihn nicht getroffen zu haben, lief ich ihm nach und feuerte nochmals. Ich hatte nicht die Absicht Haase zu töten und war froh, als ich hörte, daß ich ihn nicht erschossen hatte. Ich rechnete damit, von den Sicherheitsbeamten sofort erschossen und von der Menge geschlagen zu werden. Das war mir aber gleichgültig, denn ich wollte dieses Elend nicht mehr mitmachen, zumal ich auch das Gefühl hatte, daß mich meine Kollegen im Stiche ließen. Ich hatte außerdem die Ueberzeugung, daß Haase, der ein Vertreter der Arbeiter sein soll, sich politisch unmöglich gemacht habe."

Er leidet an Querulanten- und Verfolgungswahn. Er gab bei seinem heute nachmittag von der Staatsanwaltschaft vorgenommenen Verhören an, er gehöre keiner Partei an, stehe jedoch der U.S.P.D. am nächsten. Er sagte dann das aus, was er dem Zeitungsvertreter als Grund seiner Tat angegeben hatte. — Voß ist geboren am 7. Juli 1868 zu Wiener-Neustadt, wohnt hier als Mieter Alleestraße 21. Heute abend erfolgte seine Ueberführung nach dem Polizeipräsidium.

*

Hugo Haase ist Ostpreuße; seine Vaterstadt ist Allenstein. Hier wurde er am 29. September 1863 geboren. Seit 1890 ist er Rechtsanwalt in Königsberg. Schon in jungen Jahren trat er im politischen Leben hervor. Dem Reichstag gehörte er, mit der Unterbrechung von 1907 bis 1912, seit dem Jahre 1897 an. Als der Krieg ausbrach, war Haase der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion. Haase wurde später der Vorsitzende der unabhängigen Fraktion, als sie sich als eigene Partei konstituierte. Als die Revolution ausbrach, kam er zunächst zu der Regierung der sechs Volksbeauftragten mit Haase und Ebert an der Spitze. Schon im Dezember erfolgte der Bruch. Seitdem stehe Haase als Führer der Unabhängigen in schärfster Opposition zur Regierung.

Die Auflösung Preußens

Von
Dr. Karl Georg Regenborn-Liegnitz,
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Der Preußischen Landesversammlung liegen zwei Gesetzentwürfe von größter Tragweite vor, über die Selbständigkeitsrechte der Provinzen, das sogenannte Autonomiegesetz, und über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien. Mit diesen Gesetzentwürfen sind große Gefahren für unser Vaterland verbunden.

Mit der Revolution setzten die Bestrebungen einzelner Landesteile ein, sich von Preußen loszulösen, die wesentlich gefördert wurden durch die Angriffe des ersten revolutionären Kultusministers Adolf Hofmann auf Kirche und Schule. Am stärksten waren diese Bestrebungen im Rheinlande und in Oberschlesien, zwei Provinzen, in denen das Zentrum ausschlaggebenden Einfluß hat. In den Rheinlanden gingen die Absichten auf Gründung einer Republik, möglichst gemeinsam mit Westfalen; in Oberschlesien entstand zunächst nur der Wunsch nach einer eigenen Provinz. Doch ging man auch hier bald weiter, forderte einen selbständigen Freistaat im Rahmen des Deutschen Reiches, und schließlich entstand die Forderung, aus Oberschlesien einen neutralen Staat unter der Oberhoheit der Tschechen und Polen zu bilden.

Unsere Regierung hat wie auf anderen Gebieten so auch hier keine einheitliche Stellung. In der wesentlich von Süddeutschen beeinflußten Reichsregierung überwiegt der Haß gegen Preußen, das man in seine ursprünglichen Bestandteile auflösen möchte. Die preußischen Minister sind an sich auch für den Einheitsstaat, da dieser aber bis auf weiteres nicht erreichbar ist, haben sie sich zu dem Willen durchgerungen, den preußischen Staat unversehrt zu erhalten, weil sie ebenso wie wir Deutschnationaler der Ansicht sind, daß der Zerfall Preußens den Zerfall des Reiches nach sich ziehen würde. Der gute Wille ist also vorhanden. Aber Schwächheit ist das Kennzeichen dieser Regierung und so kam sie schnell auf die abschüssige Bahn. Man glaubte den Abtrennungsbestrebungen am besten entgegentreten zu können, indem man ihnen bis zu einem gewissen Grade entgegenkam, und so wurde zunächst der Gesetzentwurf über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien vorgelegt. Im Anschluß daran entstand dann der Gedanke, den Provinzen ein gewisses Maß von Selbständigkeit zu geben in der Hoffnung, auf diese Weise sowohl die Oberschlesier wie auch die Rheinländer zu befriedigen und das Zentrum zum Verzicht auf weitergehende Forderungen zu bewegen. Nach dem der Landesversammlung vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Provinziallandtage das Recht erhalten, über folgende Angelegenheiten zu beschließen:

1. Ueber die Regelung solcher Fragen der Schulverfassung, die für die Bevölkerung von besonderer Bedeutung sind.
2. Ueber Besonderheiten des provinziellen Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungsrechtes.
3. Ueber die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Landesteilen.
4. Ueber die Einrichtung von Beiräten, die den staatlichen Behörden innerhalb der Provinz beizugeben sind.

Bei der Hast und Oberflächlichkeit, mit der jetzt Gesetze ausgearbeitet werden, machte sich niemand klar, was diese Autonomie auf dem Gebiete der Schule im einzelnen zu bedeuten habe, und wohin sie führe. Und als der deutschnationale Abgeordnete von Kries in der Kommission nachwies, was alles unter diese Ziffer 1 falle, entstand sofort Uneinigkeit und die Verhandlungen wurden ausgesetzt.

Auch Ziffer 3 ist ganz unklar. Sollen die Staatsbürger polnischer Zunge das Recht erhalten, vor den Behörden in ihrer Muttersprache zu verhandeln, so daß also Dolmetscher bei den Behörden angestellt werden müßten, oder sollen die Beamten verpflichtet sein, zweisprachig zu verhandeln? Das zweite würde zu Zuständen führen, wie sie in Böhmen bestanden.

In Ziffer 4 werden Beiräte für die Behörden gefordert, und zwar drängen die Mehrheitsparteien auf Beiräte bei den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten. Bei diesen letzteren wäre die Einrichtung ganz unsinnig. Sollen die Polizeipräsidenten, wenn der Aufruhr tobt, vielleicht um Mitternacht, den Beirat berufen und befragen, ob einzuschreiten sei? Bei den eigentlich politischen Behörden, den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, wäre die Einrichtung aber noch viel bedenklicher, wobei zu berücksichtigen ist, daß nach § 3 des Gesetzentwurfes vor Besetzung der Stellen der politischen Beamten der Provinzialausschuß gehört werden soll. Das Ergebnis wäre folgendes:

Weder die jetzige noch eine andere Regierung wäre in der Lage, den rechten Mann an die rechte Stelle zu setzen, sondern ihr würden irgendwelche lokale Parteigrößen vor-

Amerika gegen die Auslieferung der Schuldigen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

+ Genf, 8. Oktober.

Nach einer Meldung der „Agence Radio" haben die Vereinigten Staaten es abgelehnt, sich an der Aktion der Auslieferung der „schuldigen deutschen Offiziere" zu beteiligen. England, Frankreich und Belgien haben infolgedessen allein eine Liste der „verbrecherischen deutschen Offiziere und Beamten" aufgestellt und sie der Friedenskonferenz übermittelt. Die Vereinigten Staaten haben der Friedenskonferenz ausdrücklich mitgeteilt, daß sie nicht beabsichtigen, eine solche Liste aufzustellen. In dem Schreiben heißt es, daß die Vereinigten Staaten den Grundsatz der Bestrafung der Schuldigen durchaus nicht mißbilligen, daß sie aber geglaubt haben, sich unmittelbar vor Ratifizierung des Friedensvertrages und Wiederaufnahme der interalliierten Beziehungen an dieser Aktion sich nicht beteiligen zu können. Italien und Japan sind ebenfalls nicht beteiligt. Der Name des früheren Kaisers ist in der Liste nicht genannt, doch glaubt man, daß der Kaiser Gegenstand einer besonderen Aktion der verbündeten Mächte sein wird.

Vor dem endgültigen Frieden

Bern, 7. Oktober.

Der Korrespondent der „Basler Nachrichten" meldet aus Paris, die plötzliche Abreise des Obersten House hänge weniger mit der Krankheit Wilsons zusammen als mit der Tatsache, daß der Friede von Versailles höchstwahrscheinlich schon in der nächsten Woche in Kraft treten werde. Am 12. Oktober würden drei Ratifikationen beisammen sein. Dann sei der Kriegszustand zu Ende und die offiziellen Beziehungen zwischen den Ententestaaten und Deutschland sollten wieder aufgenommen werden. Frankreich werde dann eine Erleichterung im Postwesen eintreten lassen. Man spreche davon, daß die Pässe überhaupt abgeschafft werden sollten. Es bestehe auch kein Zweifel, daß der Rat des Völkerbundes bald zusammentreten werde, ohne Rücksicht darauf, ob der amerikanische Senat ratifiziert habe. Jedenfalls werde nach der Versammlung des Rates des Völkerbundes die Ratifikation seitens des amerikanischen Senats nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Amsterdam, 8. Oktober.

Laut Pressebüro Radio kam es im amerikanischen Senat zu einer scharfen Debatte über den Friedensvertrag. Beim Verlassen des Parlaments erklärte Hitchcod, den Republikanern bleibe nur die Wahl, den Friedensvertrag, so wie er ist, und ohne Vorbehalte anzunehmen oder zu Fall zu bringen, und damit würde die Schuld, den Friedensvertrag vereitelt zu haben, die Republikaner treffen. Von einem Kompromiß sei keine Rede. Senator Johnson setzt seine Rundreise, bei der er gegen den Friedensvertrag redet, fort. Senator Mc Cormick richtete an das Staatsdepartement die Anfrage, ob Amerika wegen des englisch-persischen Vertrages bei England Vorstellungen erhoben habe.

Ungarns neue Grenzen

Frankfurt a. M., 8. Oktober.

Aus Paris wird gemeldet:

Der Friedensvertrag mit Ungarn, der wahrscheinlich noch im Laufe dieses Monats den nach Paris zu entsendenden sieben Delegierten übergeben werden wird, setzt die neuen ungarischen Grenzen etwa wie folgt fest: Im Norden folgt die Grenze auf einige Entfernung der Donau, folgt dann einer west-östlichen Linie, die noch genauer zu bestimmen bleibt, und wird ungefähr von Preßburg nach Komorn verlaufen. Vorm großen Donauknie geht die Richtung nordöstlich und gewinnt in Marmaros-Sziget den gemeinsamen Grenzpunkt Ungarns, der Tschecho-Slowakei und Rumäniens. Alle nördlich dieser Linie liegenden Gebiete werden an die Tschecho-Slowakei abgetreten. Im Osten verläuft die Grenze nordsüdlich. Sie geht von Marmaros an, den Maros entlang östlich von Debreczin. Im Süden folgt sie dem Maros, erreicht bei St. Biar die Theiß, der sie bis zu ihrem alten Bett folgt, nimmt ziemlich Richtung und zieht sich nördlich der Drau entlang nach Ravensburg. Endlich im Besten wird die Grenze so zurückverlegt, daß Oedenburg an Ungarn fällt. Durch diesen Vertrag wird Ungarn, die Form eines Rechtecks annehmen, dessen mittlere Länge 400 Kilometer beträgt. Seine Oberfläche beträgt schätzungsweise 140 000 Quadratkilometer, die Zahl der Bevölkerung ungefähr 10 Millionen Seelen. Es verliert einen größeren Gebietsteil, als es behält, da die Fläche des ihm weggenommenen Gebietes 180 000 Quadratkilometer beträgt. Ebenso wir es ungefähr die Hälfte seiner Einwohner verlieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910091-18/fragment/page=0001

geschlagen werden, die dann bei der Schwäche der parlamentarischen Regierung kaum abgelehnt werden könnten. Diese Beamten würden aber in ihrer Handlungsfähigkeit noch dadurch geschwächt werden, daß sie in allen Entschließungen von einem Beirat abhängig sind, dessen aus den verschiedenen Parteien entnommene Mitglieder zu jeder Frage nach Parteirücksichten Stellung nehmen werden. Von irgendeinem staatspolitischen Gedanken, von kraftvollem Handeln, von wirklicher Verwaltung, und vor allem von Sachlichkeit könnte keine Rede mehr sein.

Hält man alle diese Bestimmungen zusammen, so wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß dieses Autonomiegesetz den Keim zur Auflösung Preußens in sich trägt. Es entsteht die schwerwiegende Frage, wie die Deutschnationale Volkspartei sich zu diesem Gesetzentwurf stellen soll.

Die Bildung einer Provinz Oberschlesien ist auch früher schon ernstlich erwogen worden und unter normalen Verhältnissen spräche manches für diesen Plan. Jetzt ist der Gedanke ein Angstprodukt, das die Kreise nicht befriedigen wird, die nicht nur den besonderen Bundesstaat, sondern darüber hinaus den neutralen Staat erstreben. Sollten aber die schlimmsten Befürchtungen bei der Volksabstimmung sich erfüllen, so bliebe uns nur 1 Million Einwohner Oberschlesiens und das gäbe eine lebensunfähige Provinz.

Noch viel bedenklicher ist das zweite Gesetz, denn es bedeutet praktisch den Anfang zur Auflösung Preußens. Der Appetit kommt beim Essen — sind diese Forderungen bewilligt, so werden neue kommen. Und doch kann ein starres „Nein" angesichts der nun einmal vorhandenen Ablösungsbestrebungen bedenklich sein. In der vorliegenden Form allerdings ist das Autonomiegesetz für uns unannehmbar. Die Grenze dessen, was wir allenfalls bewilligen könnten, müßte viel schärfer gezogen werden. Aber auch dann ist ernsthafte Prüfung noch sehr notwendig, denn es geht um eine Lebensfrage des Staates und zugleich für uns Preußen um eine Frage des Herzens. Unsere Vorfahren haben diesen preußischen Staat in Jahrhunderten in Not und Arbeit gebaut, bis er stark genug wurde, zum Träger des Reichsgedankens zu werden. Wir können ohne Ueberhebung sagen, daß staatenbildende Kraft in Deutschland sich bisher nur in Preußen gezeigt hat, während der Südwesten der alte Boden der Zersplitterung ist. Dort unten ging das alte Reich zugrunde und wesentlich von dort kamen die destruktiven Tendenzen im Reiche Bismarcks. Im Norden entstand der Machtgedanke, der Wille zur Macht; der Südwesten ist der Träger des demokratischen Staatsideals, des kantönligeistes, des Strebens nach lässigem Leben in einem Staate, dessen Druck man möglichst wenig zu spüren wünscht.

Wie erhalten wir Preußen? Das ist die Frage. Ist klüger und zulässig, innerhalb scharf umrissener Grenzen soweit nachzugeben, als man glaubt, verantworten zu können um des großen Zieles willen, den Loslösungsbestrebungen den Wind aus den Segeln zu nehmen? Oder ist es richtig, zu sagen: „Prinzipiis obsta" auf die Gefahr hin, daß die Folgen einer schlechten Volksabstimmung in Oberschlesien uns zur Last gelegt werden?

Es handelt sich um eine Lebensfrage, in der man um die Entscheidung ringen muß mit sich selbst. Im viel geschmähten Ohrigkeitsstaate nahm man sich in so ernsten Fragen Zeit zur Entscheidung und diese Zeit zur Prüfung und zur Fühlungnahme mit unseren Wählern müssen wir auch jetzt verlangen. In kurzer Zeit kommen die neuen Gemeindevertretungsgesetze. Die künftige Regelung der Provinzialverfassung steht im engsten Zusammenhange mit diesen Fragen. Mindestens die Entscheidung über das Autonomiegesetz kann vernünftigerweise erst gemeinsam mit der über die Provinzialordnung erfolgen. Das Zentrum drängt auf Beschleunigung, aber wir müssen vom Zentrum erwarten, daß es sachliche Erwägungen allem anderen voranstellt. Lehnt das Zentrum das ab, erzwingt es sofortige Entscheidung, so wird es sich nicht beschweren dürfen, wenn wir die Gesetze jetzt ablehnen, nicht aus grundsätzlicher Gegnerschaft, sondern weil die Entscheidung noch nicht reif ist. Man wird dann versuchen, uns für alle möglichen Folgen verantwortlich zu machen, aber der Versuch wird mißlingen. Die Entscheidung eilt nicht so, daß sie in dem Tempo getroffen werden müßte, wie es bei der jetzigen Gesetzmacherei beliebt ist. Kommt ein Gesetz auf diesem Gebiete, so muß es so durchdacht sein, daß Regierung und Landesversammlung die Folgen dafür vor der Geschichte tragen können.

Das Saargebiet im Belagerungszustand

Ausbrechen großer Streiks.

Eigene Drahtmeldung der „H. 8."

Saarbrücken, 8. Oktober.

General Andlauer erläßt durch Maueranschlag eine Proklamation, in der es heißt: „Seit 4 Uhr nachmittags finden Unruhen in den Straßen Saarbrückens statt. Nach eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saargebiet streiken. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verhängt der General, als oberster Verwalter des Saargebiets, zunächst den Belagerungszustand über das Saargebiet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden.

Streikschluß in Bremen

Bremen, 8. Oktober.

Die Hafenarbeiter haben heute morgen vollzählig die Arbeit wieder aufgenommen.

Berlin, 8. Oktober.

Im „Vorwärts" wird zum Metallarbeiterstreik in Berlin ein Einigungsvorschlag gemacht. Danach wird vorgeschlagen, daß die Arbeiter zunächst den Streik abbrechen und die Arbeitgeber sich bereiterklären, neue Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifs für alle Arbeitergruppen zu beginnen. Ein solcher Vorschlag hat den Vorzug, daß die Verhandlungen in Ruhe geführt werden können, ohne daß von einer Seite infolge der Streiklage die Notwendigkeit bestände, die Verhandlungen zu überhasten. — Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium neue Besprechungen über die Möglichkeit neuer Einigungswege statt. — t

Das südslavische Kabinett gebildet

Versailles, 7. Oktober.

Das neue südslawische Kabinett ist gebildet worden und setzt sich nach Depeschen aus Belgrad wie folgt zusammen: Ministerpräsident Trinowitsch, Auswärtiges Teumbitsch, Inneres Protitsch, Verkehr Koroccez. Trumbitsch als Minister des Aeußern wird erster Delegierter bei der Friedenskonferenz und reist demnächst nach Paris ab.

Mehr Pflichtgefühl

Von deutschnationaler Seite wird uns geschrieben:

In einer Zeit des Niederganges, wie wir sie gegenwärtig durchleben, muß es alle Patrioten mit Besorgnis erfüllen, wenn abgesehen von den mehr materiell in die Erscheinung tretenden Uebelständen, wie Unpünktlichkeit und mangelnde Leistung von Post, Fernsprecher und Telegramm u. a. auch diejenigen geistigen Qualitäten zu schwinden anfangen, die uns in vergangenen besseren Zeiten zu den Leistungen befähigt haben, um die wir von unseren Nachbarvölkern beneidet worden sind. Es kann ja kein Wunder nehmen, wenn unter der Leitung von Männern, die, wie Scheidemann, v. Payer und ungezählten anderen, ihren Dienteid gebrochen haben, die Autorität schwindet. Diese Autorität beruhte auf dem Gefühl des Könnens, das dem Vorgesetzten seine Stellung allein verschafft hatte.

Es ist aber unseres Erachtens ausgeschlossen, daß dieses Pflichtgefühl und die Treue in Erfüllung von Amtspflichten durch Angehörige unserer Partei außer Acht gelassen wird. Dabei macht es keinen Unterschied, ob man ein Staatsamt oder ein unbesoldetes Ehrenamt verwaltet. Diese Ehrenämter, die durch Wahl übertragen werden, bedeuten den Ausdruck des Vertrauens, das unsere Volksgenossen und Kameraden der Deutschnationalen Volkspartei in unsere Führer setzen. Der Mann, der Dank seiner Stellung, seiner Leistungen, seines Charakters, kurz, seiner ganzen Persönlichkeit nach dieses unser — seiner Wähler — Vertrauen genießt, ist demnach auch würdig, mit der Autorität dieses Ehrenamtes bekleidet zu werden. Es mag zugestanden werden, daß diese öffentlichen, durch Wahl erlangten Ehrenämter jetzt vielfach Leuten übertragen worden sind, die wir Deutschnationalen ihrer nicht für würdig halten. Dann ist es eben Sache unserer Abgeordneten und Erkorenen, zu beweisen, — wovon wir Parteikameraden ja überzeugt sind — daß unsere Führer aus besonderem Holze geschnitzt sind.

Trotz der in letzter Zeit sich mehrenden, und Deutschnationalen günstigen Wahlausfälle sind wir aber in vielen, besonders in kommunalen Vertretungen noch bis auf weiteres in der Minderzahl. Da heißt es also, das Vertrauen der Wähler erfüllen, ihre Interessen aufs treueste wahrnehmen, strengste Parteidisziplin befolgen, „Alle Mann auf Deck!" Was soll man aber dazu sagen, wenn ein Kreistagsmitglied, wie es im Merseburger Kreistag vorgekommen ist, aus Gründen rein persönlicher Art seinen Pflichten nicht nachkommt! Wir blicken, wie wir offen bekennen wollen, mit Neid auf die straffe Parteidisziplin der Sozialdemokratie. Was würden die Genossen sagen, wenn z. B. wegen Teilnahme an einem Familienfest ein Mandat verloren geht! Sie würden ihrem Kreistagsmitglied gegenüber mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge halten!

Wir entnehmen dem Bericht des „Merseburger Tageblattes", daß tatsächlich auf oben geschilderte Weise uns Deutschnationalen ein Sitz im Provinzial-Landtage verloren gegangen ist. Infolge des mangelnden Pflichtgefühls seinen Wählern gegenüber fehlte ein deutschnationales Kreistagsmitglied, ohne etwa krank zu sein, und infolgedessen standen die Deutschnationalen und die demokratischen Stimmen wie 8:8. Nunmehr mußte das Los entscheiden, und dies entschied — zu Gunsten der Demokraten. —

Wir sind fast verlucht zu sagen: Da Swar nicht anders zu erwarten; wie sagte doch Moltke? „Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige." Daß die Haltung unseres Parteimitgliedes im Kreistage, vielleicht sogar unserer Fraktion, die es am Fernbleiben nicht verhindert hatte, von besonderer Tüchtigkeit zeugt, vermögen wir wirklich nicht zu behaupten. Wir hoffen, daß das Kreistagsmitglied, weil es das Vertrauen seiner Wähler in geradezu unglaublicher und unerhörter Weise getäuscht hat, wegen dieser Pflichtverletzung sein Mandat zum Kreistag schleunigst niederlegt und daß sein Nachfolger sich seiner Pflichten besser bewußt ist.

Es kommt uns auf jede einzelne Stimme, auf jeden Gemeindevertreter im kleinsten Dorfe, auf jede Stimme und jeden Sitz im Kreistage und im Provinziallandtage einzeln an. Nur mit Anspannung aller Kräfte können wir unsere Pflicht gegen unser Vaterland erfüllen. Wenn aber solche Seitensprünge gemacht werden, wie sie im Merseburger Kreistage von unserem, noch dazu in Merseburg wohnhaften Parteimitglied und Führer getan worden sind, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn nächstens z. B. ein Bauerngutsbesitzer sich mit dem Schweinefleischfetzen entschuldigt! Wir sind vorläufig nicht reich genug, um Mandate zu verschwenden.

Borussus.

Die Volksabstimmung in Eupen

Eine Note an die Entente.

Berlin, 8. Oktober.

Der deutsche Vertreter in Versailles hat den alliierten und assoziierten Mächten eine Note überreicht, in der darauf hingewiesen wird, daß die Bestimmungen des Artikels 34 Absatz 2 des Friedensvertrages über die Volksabstimmung in Eupen und Malmedy bei ihrer außerordentlichen Kürze eine Reihe wichtiger Fragen entweder überhaupt nicht lösen, oder noch gänzlich im Unklaren lassen. Vollkommene Klarheit über die Fragen betreffend die Volksabstimmung sei aber umso notwendiger, als die Bevölkerung die Ungewißheit über die Einzelheiten des Abstimmungsverfahrens drückend empfindet und als die belgischen Behörden in vollem Widerspruch zu den feierlichen Zusicherungen der alliierten und assoziierten Mächte in der Abstimmungsfrage mehr und mehr eine Haltung einnehmen, bei der nicht mehr die geringste Garantie für eine freie und unbeeinflußte Stimmabgabe bestehe. Die Note drückt die Erwartung aus, daß den Treibereien alsbald Einhalt getan werde. Das beste Mittel, die Wiederholung derartiger bedauerlicher Ereignisse zu verhindern, sieht die deutsche Regierung darin, daß unverzüglich über die noch zweifelhaften Fragen der Volksabstimmung Klarheit geschaffen werde. Sie ersucht daher die alliierten und assoziierten Mächte, ihr eine baldige Erklärung über diese Punkte zugehen zu lassen.

*

Gefangenenrückkehr zur See

Hamburg, 7. Oktober.

Die ersten Kriegsgefangenen aus England sind gestern abend 6 Uhr in Kuxhaven angekommen. Die Abtransporte aus Australien haben ebenfalls gestern ihren Anfang genommen. Mit dem Dampfer „Sparanda" sind gestern Zivilinternierte nach Hause gekommen.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

8] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Nein!" schrie er voll Zorn und tiefster Unruhe laut hinaus, daß das Wort durch den Nebel glitt und über die Geräusche der Wellen. „Nein, es ist nicht so — kann nicht so sein! Und er — er hat nichts getan, das er zu bereuen hat!"

„Und warum also trägt er diese schreckliche Kette, die du hast klirren hören?" lacht es höhnisch aus dem Schwall der Wasser heraus.

Da dreht der Mann sich langsam herum und steigt schweratmend, wie einer, der eine Bürde von drückenden Gewichten einherzutragen hat, durch den Weinberg wieder aufwärts. Hin und wieder bleibt er stehen und betrachtet sinnend, wie in den Blüten des Weins hier und dort vom nächtlichen Regen her ein winziges Perlchen liegt. Wenn die Sonne schiene, dann würde das alles glitzern und funkeln in allen Farben des Lichtes. Er erinnert sich mit einem bitteren Lächeln daran, wie oft er sich schon an diesem farbigen Gefunkel gefreut hat. Und es ist doch immer Täuschung gewesen. Was aussah wie Brillantenfeuer, war nicht mehr als ein Sonnenstäubchen in einem Wassertropfen. Und die Sonne, die dem Auge all diese Schönheit vortäuschte, hatte sie selbst vernichtet, indem sie den Tropfen trank. Ist nicht so auch des Menschen Leben — so ein Gebilde von Täuschungen? Werden nicht immer die prangenden Blüten des Glückes, in Stunden seligen Rausches erblüht, von der Wirklichkeit abgeknickt?

Und weiter steigt er aufwärts. Er denkt an Lotte Sigismund, seine schöne Braut. Gestern hat er mit ihr über den Tag seiner Hochzeit gesprochen. Beide haben das Verlangen, baldigst vereint zu sein. Und nichts steht ihren Wünschen entgegen, weder der Willen der Eltern noch materielle Gründe. Nur der alte Hildebrand hat sich bisher immer noch mit Händen und Füßen dagegen gesträubt, seinen Sohn und Freund so bald schon entbehren zu sollen. Darauf hatte das Brautpaar erklärt, es wolle die Oswald gehörige Hälfte des Landhauses zu ihrer Wohnung machen. Auf diese Weise würde der alte Herr nicht nur den Sohn behalten, sondern noch eine Tochter und im Laufe der Zeit — so erklärte Oswald mit Lachen — wer weiß was sonst noch alles dazu bekommen.

Anton Hildebrand aber hatte geknurrt und war auf nichts eingegangen.

Gestern abend nun war Oswald mit der Absicht nach Hause gekommen, mit seinem Vater ein ernstes Wort über diese Angelegenheit zu reden. Doch da war die geheimnisvolle und für Oswald so schreckliche Unterredung seines Vaters mit Bürklin dazwischen gekommen.

Was nun?

Auf diese Frage suchte Oswald, während er langsam aufwärts zur Villa stieg, eine Antwort. Doch er fand keine. Als er das Frühstückszimmer betrat, vernahm er von dem Diener, sein Vater habe bereits gefrühstückt und sei in den Wald gegangen. Oswald aß eine Kleinigkeit und begab sich dann in sein Atelier. Hier ließ er sich müde in einen der schweren geschnitzten Eichenstühle fallen und begann zu grübeln.

War es überhaupt möglich, daß er nun noch mit seinem Vater über seine Herzensangelegenheit redete? War er nach dem, was er gehört hatte, nicht aus Rücksicht auf seinen Vater zum Schweigen verpflichtet? Also nicht wegen der gefürchteten Trennung von seinem Sohne hatte der alte Herr sich stets der Heirat widersetzt, sondern aus Furcht, daß bei dieser Gelegenheit ein schreckliches Geheimnis enthüllt werde. Was hatte sich im Leben Anton Hildebrands ereignet, das ihn so sehr unter die Fuchtel jenes schuftigen Bürklin zwang? Und was war das mit Oswalds Mutter gewesen, worauf Bürklin angespielt hatte? Und wie konnte jener es wagen, über ihn, den Sohn des Gefnebelten, zu verfügen und ihn zur Ehe mit seiner Tochter zwingen zu wollen?

Die Röte der Scham und Entrüstung trat dem Grübelnden ins Gesicht, nun er mit größerer Ruhe als bisher sich die Worte Bürklins ins Gedächtnis zurückrief. Welch eine bodenlose Frechheit, von dem alten Herrn in solchem Ton den Sohn zum Schwiegersohn zu fordern! Die Hände Oswalds ballten sich in aufwallendem Zorn. Er wunderte sich, daß er in jenem Augenblick nicht hervorgesprungen war und den Menschen, der so etwas ausgesprochen, zu Boden geschmettert hatte. Dann wieder: welche Macht mußte dieser Mann über seinen Vater haben, daß es er gewagt hatte, solche Worte zu sprechen? O, welch ein Geheimnis lag dieser Macht zugrunde? Was hatte sein Vater getan, das ihn so in dieses Menschen Macht gab! Ein Verbrechen — nicht vor dem Gewissen, jedoch vor dem Gesetzbuch —? Was konnte das bedeuten? Welch ein Sinn lag dem Worte zugrunde? Das Gesetzbuch ist doch die Verkörperung alles Gewissens der Völker. Was schlecht ist und schändlich und strafbar, das findet durch den harten Spruch des Gesetzes seinen Richter und Rächer. Doch frei vor dem Gewissen und belastet vor dem Gesetz — das ging dem Grübelnden nicht in den Kopf. Er stand im Banne dieses Geheimnisses wie von granitnen Mauern umgeben.

Konnte er aber das Geschehene mit Schweigen übergehen? War es möglich, unbefangen wie bisher neben seinem Vater zu leben, mit dem Gedanken an jene schreckliche Unterredung und der großen Sorge und den quälenden Zweifeln in der Seele?

Er sprang hastig auf und begann in dem Raume umherzugehen. Nimmermehr — unter allen Möglichkeiten war dies das Unmöglichste. Dazu stand jener Mann, der nicht nur sein Vater, sondern auch sein bester und vertrautester Freund auf Erden war, seinem Herzen denn doch zu nahe. Rein und klar mußte der Weg sein, auf dem sie nebeneinander durchs Leben schritten — und wenn es ihren ganzen Besitz und das Glück, selbst das Leben kosten sollte — dieses Geheimnis mußte aus der Welt geräumt werden. Es mußte eine Aussprache erfolgen — mochte es enden wie sie wollte.

Und Oswald Hildebrand warf sich wieder in seinen Stuhl und dachte nach, was er sagen, womit er beginnen solle. Mußte er bekennen, gelauscht zu haben? Bitter würde das wohl sein, doch jedenfalls unvermeidbar.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910091-18/fragment/page=0002

Die traurige Lage der Eisenbahn

Preußenparlament

Berlin, 8. Oktober.

Vizepräsident Porsch eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Die Haushaltsberatung wird bei der Zentralgenossenschaftskasse fortgesetzt.

Abg. Dr. Seelmann (Dn.): Das Genossenschaftswesen ist für den Arbeiter und Handwerker gar nicht hoch genug zu veranschlagen.

Abg. Esser (Ztr.) begründet einen Antrag seiner Partei auf eine zeitgemäße Umgestaltung des Beirates der Zentralgenossenschaftskasse, damit er eine fruchtbare Mittelstellung zwischen ihr und den einzelnen Genossenschaften bilden kann.

Abg. Dr. Krüger (Dem.) und Abg. Dr. Leibig (D. Vp.) stimmen dem Zentrumsantrag zu.

Abg. Eberle-Barmen (Soz.): Das Genossenschaftswesen darf nicht zur Trustbewegung ausarten, sonst müssen wir es aufs schärfste bekämpfen.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Heiligenstadt: Die Geschäftsführung der Kasse ist modern. Reformen will ich gern einführen, wenn mir positive Vorschläge gemacht werden. An der Kreditgewährung darf ich im Hinblick auf die fremden Gelder, die ich verwalte, nicht unvorsichtig sein.

Der Haushalt der Kasse wird bewilligt, der Antrag Esser angenommen.

Es folgt der Eisenbahnhaushalt.

Abg. Garnisch (D. Vpt.) und Abg. Merke (Dem.) beklagen die Aufhebung des Schnellzugsverkehrs nach dem Osten.

Eisenbahnminister Oeser:

Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich aussprechen, daß in den nächsten Wochen und Monaten die Verhältnisse voraussichtlich noch verschlechtern. (Hört! Hört!) Es ist bisher nicht gelungen, die Versorgung mit Kohlen und Lokomotiven auf eine solche Höhe zu bringen, daß von so einschneidenden Maßnahmen abgesehen werden konnte, von denen der Osten betroffen wird. Auch andere Ursachen sind noch da. Die Kohlenvorräte, die dort noch auf den Halden vorhanden sind, und die nach unserer gewissenhaften Erwägung beseitigt sein müssen, sind durch den Friedensvertrag bereits zur Durchführung gebracht. Die Maßnahmen zugleich auf den Westen auszudehnen, wo sie zurzeit noch nicht nötig sind, wo sie aber noch werden können, würde ich nicht verantworten können. Es kann nötig werden, daß wir den Personenverkehr so gut wie vollständig einstellen müssen, daß wir nur noch den Arbeiter-, Post-, und Nahrungsmittelverkehr aufrechterhalten können. Wir haben 5000 der besten Lokomotiven an die Entente abgeben müssen. Sie fehlen uns überall, während die Entente davon keinen Nutzen gehabt hat, denn sie stehen auf ihrem Fleck, verderben und verrosten. Wir haben außerdem 15 000 Waggons abgeben müssen, und werden bei Eintritt des Friedens noch weitere Wagen abgeben müssen. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich an unserem Volk die Trägheit des Frühjahrs und Sommers bitter rächen. Jene verlorenen Wochen und Monate lassen sich nicht mehr einholen. Es rächt sich eben am Volke auch alles, was am Volke gesündigt worden ist, und man muß sich fragen, was man selbst verschuldet hat.

Wir haben nicht genügend Betriebskohlen. Unser Bestand müßte für 20 Tage reichen und wir haben nur für 9 Tage Betriebsmittel. Wir hatten es aber auch jetzt mit einer sehr schlechten Kohle zu tun, und bekommen keine guten Lokomotivenkohlen mehr. Wir müssen in unwirtschaftlicher Weise Koks verfeuern. Täglich fahren wir 4000 Wagen Steine, die als Kohle deklariert sind. Von der schlechten Kohle erhält auch die Lokomotive keine Hitze und keinen Dampf und die Züge bleiben auf der Strecke liegen. Die Umstellung auf einen rationellen Betrieb ist bisher noch immer nicht gelungen und ich wiederhole an die Arbeiter und Beamten, an Vorgesetzte wie Untergebene, den dringenden Appell, sich bewußt zu werden, daß sie auch Pflichten gegenüber dem Lande haben, daß Sozialisieren heißt: mehr leisten und daß die Eisenbahn ein zu sozialisierendes Unternehmen ist. Die beabsichtigte Einstellung der Schnellzüge im Westen ist aber auch nötig geworden durch die Schwierigkeiten, die uns die besetzten Gebiete machen und die den geregelten Betrieb schwer beeinträchtigten. In letzter Zeit haben sich auch die Transporte der Kriegsgefangenen eingestellt. Wir sind gezwungen, gerade diesen Verkehr zu leisten, denn diese Transporte gehen allen anderen vor. So hart diese Unzuträglichkeiten sind, sie sind nicht zu vermeiden, denn wir haben noch immer einen gesunden Eisenbahnkörper. Ohne erhebliche Steigerung der sächlichen und persönlichen Leistungen kommen wir über die Krise nicht hinaus.

Im Laufe der Debatte ersucht

Abg. Hölser (Dem.) um Auskunft über die Ursachen der letzten Vorgänge im Eisenbahnbetriebe, insbesondere über die Erfurter Bewegung.

Abg. Sprenger (Ztr.) fragt die Regierung, was sie tun werde, um der drohenden Kartoffelnot vorzubeugen. Der Versand an Speisekartoffeln ist noch ungewöhnlich gering.

Ein Regierungskommissar erwidert: Gerade der Wunsch, Kohlen für den vermehrten Kartoffeltransport zu erhalten, sei für die Aufhebung des Schnellzugsverkehrs nach dem Osten maßgebend gewesen. Für die Gütertransporte wird die Wagenstellung auf die Hälfte eingeschränkt, nur nicht für die Lebensmittel- und Kartoffelbeförderung. Die Kartoffeltransporte werden also demnächst eine wesentliche Besserung erfahren.

In der allgemeinen Aussprache bittet

Abg. Brunner (Soz.) den Minister, den Schnellzugsverkehr nach dem Osten wenigstens in beschränktem Umfange wiederherzustellen.

Fortsetzung Donnerstag 12 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Die Etatsberatungen

Nationalversammlung

Berlin, 8. Oktober.

Am Ministertische: Müller, Dr. Bell, David, Noske, Schiffer, Erzberger, Reichskanzler Bauer u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Er macht Mitteilung von dem Waffenanfall auf einen Abgeordneten Haase. Edle Körperteile sind nicht verletzt. Ueber die Motive zur Tat ist nichts bekannt. Ich gehme an, im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich dem Abgeordneten Haase, seiner Familie und seiner Partei, unsere Teilnahme ausspreche. (Beifall; das Haus hatte sich erhoben.)

Zur zweiten Beratung des Haushaltskapitels Reichskanzler erhält das Wort

Abg. Dr. Stresemann (D. Vpt.): England sieht noch wie vor auf dem Standpunkt: Deutschland müsse wirtschaftlich zerstört werden. Frankreich dagegen hat das größte Interesse an einem gesunden Wirtschaftsleben Deutschlands. Die unveränderte Annahme des Betriebsrätegesetzes scheint mir nicht so sicher, wie einem Reichskanzler. Die Regierung muß sich auch die Arbeitskraft der Führer auf wirtschaftlichem Gebiete sichern, und zwar gerade der Unternehmer des industriellen Mittelstandes. Hoffentlich müssen wir den Eintritt der Demokraten in die Regierung nicht bereuen, der unveränderten Annahme des Betriebsrätegesetzes bedauern. Das angekündigte Heimstättengesetz beerühren uns. Das Aktiengesetz muß geändert werden, damit nicht noch mehr Anteile an wichtigen großen Instituten in die Hände der Feinde übergehen. Meine Freunde lehnen jeden monarchistischen Putsch entschieden ab, aber innerhalb der Verfassung für den monarchischen Gedanken zu werben halten wir für unser gutes Recht. Die neue Republik hat sehr wenig moralische Eroberungen gemacht. Der schnelle Wechsel politischer Ueberzeugungen kann nur ertragen werden, wenn das Beamtentum davon unberührt bleibt. Die Regierung sollte nicht allzu scharf betonen, daß wir die Bedingungen des Friedensvertrages restlos erfüllen müssen. Wenn sich in Rußland der Bolschewismus noch hält, so nur darum, weil die herrschenden Männer sich ganz von bolschewistischen Grundsätzen abgewandt haben. Die rote Garde ist ganz nach dem Muster der zarischen Armee aufgebaut. In den Fabriken herrscht eiserne Disziplin unter den alten Fabrikleitern. Auch für uns werden wieder bessere Tage kommen, aber nur, wenn wir zurückkehren zur alten Einfachheit, Ordnung und Unterordnung. (Beifall rechts.)

Reichswehrminister Noske kommt auf die baltische Frage zurück. Es ist jetzt nicht erträglich, wenn Presse oder Abgeordnete auf die Truppen so einwirken, als ob sie Rechte hätten, dort zu bleiben. Der Aufruf Bischofs ist ein Maß von Unbotmäßigkeit, das alles übersteigt. Es wird gegen ihn die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet werden. General von der Goltz tut absolut korrekt seine Schuldigkeit. Es ist gemeingefährlich, die Truppen in ihrer Widersetzlichkeit zu stärken. Ich kann der deutschnationalen Presse diesen Vorwurf nicht ersparen. Ganz systematisch wird in den letzten Wochen das leidliche Verhältnis zu untergraben versucht, das sich zwischen mir und den Offizieren herausgebildet hat. Das blöchen militärischer Apparat des mit unsäglicher Mühe hergestellt ist, wird mit Absicht vermirrt. Ein Pamphlet, das die Soldaten von ihrem Eide abwenden will, ist in der „Deutschen Tageszeitung" gedruckt und vom Parteivorstand der Deutschnationalen in Auftrag gegeben worden. (Unerhört! links.) Ich habe Strafantrag gestellt.

Abg. Waldstein (Dem.): Das Amt des Reichsjustizministers wird von der höchsten politischen Bedeutung, wenn die Beziehungen der Völker auf das Recht gegründet sein sollen. Ebenso wird in einer Demokratie eine richtige Stellung der Laienjustiz von größter Wichtigkeit sein.

Reichsminister Schiffer: Auf eine Anfrage des Abgeordneten Waldstein bemerke ich, daß eine Amnestie jetzt nicht beabsichtigt ist. Es wurde davon schon zu viel Gebrauch gemacht.

Abg. Cohn (U. S.) verlangt Abänderung der Schutzhaftbestimmungen.

Abg. Dr. Sinzheimer (Soz.): Untersuchungshaft und Strafvollzug müssen gründlich reformiert werden. Ebenso nötig sind einige Zivilprozeßreformen.

Reichsminister Schiffer: Es wäre zu erwägen, ob die Ausbildungsfrage der Juristen von Reichswegen zu regeln sei.

Der Haushalt der Reichsjustizverwaltung wird ohne weitere Aussprache angenommen.

Es folgt die Beratung:

Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) bittet um baldige Neuregelung des Besoldungswesens.

Reichsfinanzminister Erzberger: Graf Posadowsky irrt, wenn er annimmt, daß ein einheitlicher Plan für die Reichsfinanzreform nicht vorhanden ist. Der Grundgedanke ist, daß das Reich dafür sorgen muß, daß für Reich, Land und Gemeinde eine einheitliche Grundlage geschaffen wird. Mit einer einheitlichen Steuerverwaltung wird ein Werk geschaffen, das ein Marksstein in der Entwicklung des Reiches ist. Seine politische Bedeutung liegt darin, daß damit der Anfang zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates gemacht wird. Die Folgen werden sich auf den verschiedensten Gebieten zeigen. Ich erinnere daran, daß die einzelnen Länder für dieses Ziel große Opfer gebracht haben und bringen müssen. An Entgegenkommen hat es nicht gefehlt. Dabei will ich nicht verhehlen, daß die Organisation der Landesfinanzämter nicht ganz meinen Wünschen entspricht. Mißstände bleiben ungweifelhaft, besonders in den Gebieten der unteren Weser und unteren Elbe. Es sind dort teilweise künstliche Gebilde geschaffen worden. Diese Unstimmigkeiten werden auf dem Verwaltungswege zu beseitigen sein, nachdem eine gewisse Ruhezeit eingetreten sein wird. Vor allem werden sich auf dem Gebiete des Post- und Eisenbahnwesens Umwandlungen vollzogen haben, dann ist der Zeitpunkt gekommen, die Reichsprovinzen festzulegen. Der Wille der Reichsregierung geht dahin, dem deutschen Volk einen Einheitsstaat zu geben, der uns ein kraftvolles deutsches Einheitsreich schafft. Dazu ist dies der erste Schritt. Die Reichsfinanzverwaltung hat den Landesfinanzverwaltungen große Befugnisse übertragen. Die Zentralgewalt muß aber dem Reiche bleiben. Mit der bisherigen Zersplitterung ist es unmöglich, die fast unlösliche Aufgabe der Gesundung des Reiches zu schaffen. Deshalb bin ich der Nationalversammlung dankbar, daß sie in kurzer Frist eine Einheit in der Finanzverwaltung herstellen wird. Ich hoffe, daß auch neben die Reichssteuerverwaltung ein einheitliches Reichszollverrecht in Deutschland treten wird. Dies sind die zwei Grundpfeiler für den systematischen Aufbau der ganzen Reichsleitung. Ein Vorteil liegt darin, daß die große Menge der Einzelstaatlichen Ausführungsbestimmungen überflüssig wird. Es ist absolut notwendig, das große Werk der Reichsfinanzreform noch vor Beginn der Ferien Ende dieses Monats zu verabschieden. Die rasche Verabschiedung dieser Vorlage gibt mir die Hoffnung, daß auch das große Werk in den nächsten drei Wochen erledigt sein wird. Damit haben wir dann das Fundament für den großen Plan der Reichseinheit geschaffen. Auch uns wäre es lieb gewesen, wenn wir mit den Steuergesetzen hätten warten können, bis der Gesamtplan vorgelegt werden konnte. Das war aber nicht möglich. Die Reichsschuld wächst von Monat zu Monat, die Ausgaben von Tag zu Tag. Teilweise Verabschiedung der Steuergesetze ist unvermeidlich. Man sollte indes die neue Besoldungsordnung so rechtzeitig vorlegen, daß sie zum 1. April 1920 in Kraft treten kann. Die allgemeine Beamtenordnung kann aber erst dann kommen, wenn die Verreichlichung des Verkehrswesens durchgeführt sein wird. Die Zahl der Beamten, die durch diese große Aktion in den Reichsdienst übergeht, beläuft sich bei Eisenbahn und Post von Bayern und Württemberg auf etwa eine halbe Million. Es hat keinen Zweck, die Reichsbesoldungsordnung zu schaffen, bevor diese Ueberführung erfolgt ist. Im Reichsministerium des Innern sind Verhandlungen über die Beamtenfrage im Gange. Die Erledigung auf bürokratischem Wege ist in so kurzer Zeit nicht möglich. Nur dadurch, daß wir mit den Organisationen der Beamten und Angestellten verhandeln, vollzieht sich dieses Gesetzgebungswerk reibungslos. Auch nehmen wir der Nationalversammlung durch diese Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen eine große Arbeit ab. (Sehr wahr!) Es ist eine undankbare Arbeit, die vielseitigen Wünsche der Betreffenden entgegenzunehmen. Es jedem recht zu machen, ist nicht möglich. Ich möchte aber auch die Beamten und Arbeiterorganisationen der Eisenbahn und Post ersuchen, nicht mehr mit neuen Forderungen an uns heranzutreten und uns vor unlösliche Aufgaben zu stellen. Alle Wünsche, die wir erfüllen können, werden erfüllt. Bisher ist keine Abmachung für Bayern getroffen worden, weil der bayerische Landtag nicht in der Lage war, einen Etat aufzustellen. Eine weitere Bedeutung liegt darin nicht.

Der Haushalt des Finanzministeriums wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Interpellation Scheidemann wegen der Lebensmittelpreise und Fortsetzung der Haushaltungsberatung.

Schluß bis Uhr.

Halle und Umgebung

Halle, 9 Oktober.

Ein „pflichtbewußter" Genosse

Eisenbahner Hennig auf der schiefen Bahn.

„Gestern noch auf stolzen Rossen" .... Ja, gestern war Herr Hennig noch eine führende Persönlichkeit der Halleschen Unabhängigen und genoß ihr unumschränktes Vertrauen. Unter den mannigfachen Ehrenämtern, die ihm seine ihm blindlings ergebenen Parteifreunde übertrugen, bekleidete er u. a. das eines Sekretärs des Eisenbahnerverbandes, dessen Kasse er auch zu verwalten hatte. Nun wollte es ein böses Geschick, daß man jüngst diese Kasse einer Revision unterzog. Traf diese nun Herrn Hennig unvorbereitet oder hatte er, der sich kraft seiner Persönlichkeit hinlichtlich einer Verdächtigung oder Kontrolle seitens seiner Getreuen in völliger Sicherheit wiegte — kurzum die besagte Revision fand statt und zeitige folgendes Ergebnis: die Bücher befanden sich nicht allein in einer wüsten Unordnung, — das wäre schließlich dem Herrn Verbandssekretär, der von Hause aus Mechaniker ist, zu verzeihen —, sondern die Kasse wies ein Defizit von über 2000 Mark auf, über deren Verbleib er keine Rechenschaft zu geben vermochte. Und man hätte doch gewiß, wenn uns nur irgend möglich gewesen wäre, ein oder gar beide Augen zugedrückt, nicht nur um der Person und der Partei willen, sondern vor allem auch, um vor der Oeffentlichkeit diesen „Skandal" zu vermeiden. Aber es ging wohl nicht gut an und man hat sich zu dem sicherlich nicht leicht gewordenen Entschlusse durchringen müssen, Herrn Hennig seines Amtes als Sekretär des Eisenbahnerverbandes zu entsetzen. — Dieses scharfe Vorgehen ist, wie gesagt, den Parteifreunden Hennigs gewiß nicht leicht geworden. Er verfügte wie kaum ein anderer über eine glänzende Rednergabe und über ein hervorragendes Organisationstalent und wußte die Massen aufzuheben. Davon legt sein Auftreten während des mitteldeutschen Eisenbahnerstreiks und in den Verhandlungen mit General Maercker in den diesjährigen Märztagen Zeugnis ab. Um die „Popularität" und um das unbegrenzte Vertrauen, das Hennig bei seinen Parteifreunden bislang genoß, wird es wohl nun geschehen sein; zum „Märtyrer" wird man ihn ob einer solchen Tat leider nicht stempeln können.

— Oberschlesier! Nach dem Friedensvertrage entscheidet eine Volksabstimmung darüber, ob einzelne Teile Oberschlesiens an Posen fallen oder bei unserem Vaterlande bleiben. Es handelt sich um die Kreise Ramslau, Kreuzburg, Rosenberg, Oppeln (Stadt und Land), Groß-Strehlitz, Lublinitz, Gleiwitz (Stadt), Tost-Gleiwitz, Tarnowitz, Beuthen (Stadt und Land), Königshütte (Stadt), Hindenburg (früher Zabrze), Kattowitz (Stadt und Land), Pleß, Rybnik, Ratibor (Stadt und Land), Cosel, Neuschütz und Neustadt. — Stimmrecht haben alle Personen beiderlei Geschlechts, die über 20 Jahre alt und in diesen Gebieten geboren sind, auch wenn sie nicht mehr dort wohnen. Wer vor dem 1. Januar 1901 geboren ist und nach seinen Kräften verhindern will, daß seine heimatliche Scholle unter polnische Herrschaft fällt, wird gebeten, sich beim Magistrat der Stadt Halle (Büro VIII, Gr. Berlin 11) zu melden, damit ihm rechtzeitig die weiteren Aufklärungen erteilt werden können.

— Eine provinziale Gemeinschaftskonferenz veranstaltet der Gemeinschaftsverein für die Provinz Sachsen und Anhalt innerhalb der Landeskirche am kommenden Sonntag in Halle. Um 10 Uhr findet Gottesdienst im Dom statt, bei welchem Pastor Lüdecke aus Stassfurt die Predigt hält. Um 3 Uhr wird die Tagung im Gemeinschaftshause, Margaretenstraße 5, fortgesetzt. Verschiedene Redner werden über das Thema: „Der unerschöpfliche Reichtum Christi" sprechen. Die Abendversammlung, Beginn um 8 Uhr, ist ausgefüllt mit Berichten aus den Arbeitsgebieten. Alle Veranstaltungen sind öffentlich und für jedermann frei zugänglich. Im Anschluß an die Konferenz findet dann von Montag abend ab eine zehntägige Evangelisation, gehalten von K. Franz aus Kassel, statt. (Siehe auch besondere Anzeige, die noch erfolgt.)

— Dem Städtischen Jugendamt liegt es ob, sich über das Verhalten und Befinden der im Stadtbezirk wohnenden Mündel dauernd zu unterrichten, um nötigenfalls helfend eingreifen zu können. Dazu werden die städtischen Pflegerinnen beauftragt, an Ort und Stelle sich nach dem Ergehen und der Führung der Kinder zu erkundigen. Wenn ihnen auch durchweg das richtige Verständnis seitens der Oeffentlichkeit entgegengebracht wird, so lassen einzelne abweichende Fälle erkennen, daß eine Aufklärung über den Zweck der Besuche der Pflegerinnen erwünscht ist. Alle beteiligten Kreise werden daher gebeten, den mit Ausweis versehenen städtischen Pflegerinnen ihre Amtsführung durch entgegenkommende, wahrheitsgemäße Darlegung der Verhältnisse der Mündel zu erleichtern.

— Der Jungmädchen-Verein St. Ulrich-Ost kann am 12. Oktober auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. An diesem Tage findet im Betsaal, Krondorfer Straße 6a, ein Festgottesdienst um 10 Uhr statt, bei dem auch der Kirchenchor mitwirken wird. Am 17. Oktober soll dann abends um 7 Uhr in der „Kaiser Wilhelmshalle", Neue Promenade; 7, ein Familienabend folgen, bei dem die Mitglieder Vorträge von Gedichten, Klavierstücken und Liedern zur Laute sowie zwei Reigen bieten werden; auch ein Theaterstück gelangt zur Aufführung. Der Kirchenchor wird ebenfalls verschiedene Lieder zum Vortrag bringen. Die Gemeindeglieder und Freunde des Vereins sind herzlich willkommen.

— Hermine Bosetti. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß sich auch die Künstler enger zusammenschließen. Verdenken kann man es ihnen nicht. Denn unter den argen Nöten und Sorgen, die unsere nächste Zukunft bedrohen, werden sie am meisten zu leiden haben. Die Absichten der deutschen Konzert- und Vortragsgesellschaft zu unterstützen, wird sich deshalb empfehlen. Hier in Halle scheinen trotz der bedängstigenden Ueberfülle von Konzerten und andern Unternehmungen zur Unterhaltung des Publikums die Bemühungen der „Devbor" — wat die abscheuliche Wortbildung nötig? — auf Verständnis zu stoßen. Der „Thaliasaal" war gut gefüllt. Allerdings hatten die Veranstalter die weise Vorsicht gehabt, für das erste der angesagten vier Konzerte eine Sängerin von anerkanntem Ruf vorzudieten: Die Kammersängerin Hermine Bosetti gab einen der bei den Größen der Gesangskunst so beliebten Arien- und Liederabende. Für die Vorzüge der gefeierten Künstlerin kann man in der Tat immer noch schwärmen. Ihre Stimme ist frisch, klar und wohllautend. Nur Knach der Höhe hin macht sich gelegentlich ein Verblassen der Schönheit bemerkbar. Die Schulung, die dieser Koloratursopran erfahren hatt, ist erstaunlich. Bewunderung rufen besonders die vollendete Atemführung und die Anwendung der Kopfstimme hervor. Als Schwächen sind dagegen die Behandlung der Aussprache und die innere Teilnahmslosigkeit zu rechnen. Auch die Sauberkeit der Tongebung ist keineswegs über jeden Zweifel erhaben. Ob man die Susannenarie noch gefühlsärmer und die Arie der Rosine (Barbier von Sevilla) noch gleichgültiger vortragen kann, als Hermine Bosetti es tat, vermag ich im Augenblick nicht zu entscheiden. Den Schubertliedern fehlte ebenfalls jede Spur von Empfindung. Ein wenig besser waren die neckischen Gesänge von Hugo Wolf und Hans Pfitzner daran. Die mitwirkende Pianistin Gothie von Löben erregte von vornherein die Aufmerksamkeit durch ihre überaus feine Art zu begleiten. In den wertvollen Variationen von Cesar Frank und der Etude von Franz Liszt erwies sich ihr Können als tüchtig und zielbewußt. Freilich eine gewisse vornehme Kühle umweht auch ihr Spiel. Beide Künstlerinnen wurden mit reichem Beifall überschüttet.

Dr. W. Kaiser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910091-18/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Thüringens Vertretung im Reichsrat

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

5. Weimar, 9. Oktober.

Der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern zu Weimar, Geh. Regierungsrat Dr. Hermann Münzel, wurde zum Bevollmächtigten sämtlicher thüringischen Staaten beim Reichsrat (früher Reichsbundesrat) ernannt und hat sein Amt bereits angetreten. Zu seinem Nachfolger im weimarischen Ministerium wurde Geh. Regierungsrat Willibald Kromayer ernannt.

p. **Weißenfels**, 8. Okt. (Verschiedenes.) Der Magistrat hat eine Warnung erlassen, in der wegen der großen Wohnungsnot vor dem Zuzug nach Weißenfels abgeraten wird. — Die evangelische Gemeinde hat das altrenommierte Hotel „zum Schützen" angekauft und mit dem 1. Oktober in Bewirtschaftung genommen. Es dient als Sammelpunkt für die kirchlichen Körperschaften und der verschiedenen Vereinigungen. Der Hotelbetrieb wird unter Führung eines sachverständigen Leiters in der bisherigen Weise beibehalten. Es ist damit der längst gehegte Wunsch, ein Gemeindehaus zu besitzen, erfüllt worden. — Der Landwirtschaftliche Verein des Kreises Weißenfels hielt am Sonntag eine gut besuchte Versammlung ab, in der der Vorsitzende Rittergutsbesitzer Reinhardt-Burgwerben einen eingehenden Bericht über die kürzlich in Magdeburg abgehaltene Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gab. Es wurde beschlossen, im Dezember d. J. das 75jährige Bestehen des Vereins durch eine größere Festversammlung zu feiern, zu der namhafte Redner zugezogen werden sollen. Der in Zeitz begründeten landwirtschaftlichen Winterschule wurde eine Beihilfe von 100 M. bewilligt. Es wurde angeregt, eine solche Schule auch hierorts für den Kreis Weißenfels zu errichten, sie als Zentrale für das landwirtschaftliche Gewerbe des Kreises Weißenfels, verbunden mit einem Buchführungsinstitut, auszubauen. Mit der Versammlung war eine Prämiierung von 41 Arbeitern und Arbeiterinnen verbunden, die bei Mitgliedern des Vereins 20 bis gegen 50 Jahre hindurch bedienstet sind. Es wurden ihnen Auszeichnungen der Landwirtschaftskammer und namhafte Geldgeschenke überwiesen.

— **Naumburg**, 8. Oktober. (Errichtung eines Kulturamtes.) An Stelle der bisherigen Spezialkommission Naumburg ist durch Ministerialerlaß hier ein Kulturamt errichtet. Diesem sind als Amtsbezirke zugeteilt: 1. aus der Provinz Sachsen: die Kreise Sangerhausen, Querfurt, Eckartsberga, Naumburg-Stadt und -Land, Weißenfels-Stadt und -Land, Zeitz-Stadt und -Land und Ziegenrück; 2. aus dem vormaligen Herzogtum Sachsen-Meiningen: der Kreis Saalfeld und die Exklave Camburg; 3. aus dem vormaligen Großherzogtum Sachsen-Weimar: der Verwaltungsbezirk Neustadt an der Orla und die in den vorstehenden preußischen Kreisen eingesprengt liegenden Enklaven. Zum Vorsteher des Kulturamtes Naumburg ist der Geheime Regierungsrat Ellissen ernannt worden.

t. **Quedlinburg**, 8. Okt. (Zum großen Herbst-Wochenmarkt waren 1200 Stück Schweine und 150 Stück Pferde aufgetrieben. Die ersteren wurden sämtlich im Preise von 55—300 Mark das Stück verkauft. Von den Pferden, die außerordentlich hoch im Preise standen, blieben 50 Stück Rückstand.

t. **Quedlinburg**, 8. Okt. (Der große Gelddiebstahl im hiesigen Gefangenenlager hat nunmehr seine volle Aufklärung gefunden. An dem Diebstahl ist eine Wachtmannschaft in Stärke von 6 Personen, vorwiegend Quedlinburger, beteiligt. Fünf stehen vor ihrer Aburteilung. Die bei ihnen vorgefundenen Werte machen allerdings den kleinsten Teil der gestohlenen Riesensummen aus; zudem waren diese Wertpapiere auch gesperrt und infolgedessen unveräußerlich. Des sechsten Diebes, in dessen Besitz sich 365 000 Mk. in russischen Werten befinden, hat man noch nicht habhaft werden können.

— **Camburg**, 8. Okt. (Für den Anschluß an Preußen.) Im Gemeinderat wurde über die Loslösungsbestrebungen in der Grafschaft Camburg beraten. Nach einstündigem Vortrag des Bürgermeisters und eingehender Verhandlung wurde das Bürgermeisteramt einstimmig beauftragt, die Vorverhandlungen wegen Anschluß der ehemaligen Grafschaft Camburg an den preußischen Landkreis Naumburg unter den von ihm aufgestellten Bedingungen durch eine Eingabe an den Regierungspräsidenten in Merseburg einzuleiten und nach Möglichkeit zu fördern. Die Regierung in Meiningen soll von dem unternommenen Schritt in Kenntnis gesetzt werden.

Z. **Heiligenstadt**, 8. Okt. (Wahl zum Provinziallandtag.) Der Kreis Heiligenstadt entsendet in den Landtag der Provinz Sachsen seinen Landrat Dr. v. Christen und den Bürgermeister Hüppen aus Dingelstädt. Als Ersatzmann wurde ein Kleinbauer gewählt. Die Wahl erfolgte nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten.

— **Altenburg**, 8. Okt. (Eine Bestie in Menschengestalt) wurde in einem 24 Jahre alten Arbeiter aus Zschernitzsch, der hier Wallstraße 5/6 wohnte, verhaftet. Seit Januar d. J. ist er verheiratet. Er mußte sein uneheliches Kind mit ernähren. Das Kind, das jetzt 3½ Jahre alt ist, konnte er nicht leiden. Bei dem geringsten Anlaß schlug er in unmenschlicher Weise auf das kleine Wesen ein. Einmal hat er das arme Mädchen mit aller Gewalt gegen eine Bettpfoste geworfen. Dadurch trug das Kind erhebliche Verletzungen davon. Im vorigen Jahre hat er dem Kinde beide Beine gebrochen. Davon hörte die Behörde bisher keine Kenntnis. Als er mit seiner Frau kürzlich den Jahrmarkt besuchte, setzte er das Kind, vorher vollständig entkleidet, in eine dunkel, kalte Kammer, wo das arme Wesen bis zur Rückkehr verbleiben mußte. In vollständig verkümmertem Zustande nahm die Behörde das Kind in Obhut. Es befindet sich jetzt im Kinderheim. Bei der Vernehmung machte der Rohling einen beschränkten Eindruck.

— **Meuselwitz**, 8. Okt. (Die Ruhrepidemie) ist wesentlich im Rückgange begriffen. Die letzte Woche zeigte vier Todesfälle, und zwar nur kleinere Kinder. Die vorletzte Woche brachte acht Todesfälle. An dem Rückgange ist wohl der Umschlag der Witterung die Hauptursache. Auch die Errichtung des Krankenhauses hat segensreich gewirkt.

„H. Z." Sportberichte

— **Spielverbot im Saalegau.** Anläßlich des Spieles Süddeutschland gegen Mitteldeutschland, welches am 12. Oktober auf dem Sportplatz am Zoo stattfindet, ist für den Saalegau von 12 Uhr mittags ab Spielverbot verhängt. Es haben daher nur die Spiele der Gruppe III und IV, welche um 10 Uhr früh angesetzt sind, Stattzufinden.

— **Das Stadion als Erinnerungsstätte.** Der Deutsche Athletik-Verband von 1891 (Sitz Kassel) hat den Antrag gestellt, im Stadion eine Bronzetafel zum Gedächtnis seines langjährigen, vor kurzem verstorbenen Vorsitzenden Bredemeyer, anbringen zu dürfen. Auf der Tagung des Deutschen Skiverbandes in Leipzig wurde die Anregung gegeben, die Namen der gefallenen Sportsleute im Stadion durch Gedenktafeln zu ehren. In einigen Berliner Sportvereinen wird der gleiche Plan erwogen. Diese Vorschläge liegen zurzeit dem Stadionausschuß zur Beratung vor.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Aufsätze und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Geldmarkt und Banken

Die Reichsbank zum Quartalsschluß. Der am 30. September abgeschlossene Ausweis der Reichsbank zeigt insbesondere im Zusammenhang mit den üblichen Ansprüchen des Herbsttermins sowohl was die Anlagekonten als auch den Zahlungsmittelbedarf anbetrifft, ein gewaltiges Anschwellen der Ziffern. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 5409,1 Mill. M. auf 33 859 Mill. M. Auf der anderen Seite ist aber der weitaus größte Teil des Gegenwertes der beanspruchten Kredite der Reichsbank belassen geblieben, so daß die fremden Gelder eine verhältnismäßig sehr erhebliche Steigerung um 4685,4 Mill. Mark auf 13 019,5 Mill. M. erfahren haben. An Banknoten mußten diesmal 1165,1 Mill. M. gegenüber 905 Mill. M. in der letzten September-woche 1918 verausgabt werden, so daß sich der gesamte Banknotenumlauf am 30 September 1919 auf 29 784,1 Mill. M. bezifferte. Daneben wurden von der Reichsbank 308,6 Mill. M. Darlehnskassenscheine gegen 252,3 Mill. M. in der vorjährigen Vergleichszeit in den Verkehr gegeben. Der Gesamtumlauf der im Verkehr befindlichen Darlehnskassenscheine erhöhte sich mithin bis zum Ende der Berichtswoche auf 11 814,8 Mill. M. Der Goldvorrat ging um 0,4 Mill. M. auf 1096,6 Mill. M. zurück.

Die Spekulation in Marknoten an den skandinavischen Börsen. An der Börse in Kristiania wurden im September über 13 Mill. Reichsmark umgesetzt. Das ist etwa der dreifache Betrag des Umsatzes im vorhergehenden Monat. Es wird bemerkt, daß von deutscher Seite, namentlich in Kopenhagen, größere Verkäufe an Mark stattfinden, und daß diese Verkäufe den Kurs erneut heruntergedrückt haben. Namentlich an der Kopenhagener Börse, aber auch in Kristiania und Stockholm, sind es besonders die Amerikaner, die große Beträge an Mark aufkaufen. — Die Markvaluta notierte am 6. d. M. in Kopenhagen 16,90 (Vortag 19,25), in Stockholm 17,25 (17,25), in Amsterdam 10,77½ (10,92½), am 4. d. M. in London 101 (102).

Umbedhung des Geschäftsbereichs der Mitteldeutschen Privatbank. Die Generalversammlung der Königsteiner Genossenschaftsbank in Königstein in Sachsen beschloß die Fusion mit der Mitteldeutschen Privatbank.

Industrie, Handel, Handwerk

Die Vereinigung der Fittings- und Flanschen-Fabriken, sowie die Ausfuhrvereinigung Deutscher Fittings- und Flanschen-Fabrikanten schließen sich den von der gesamten Industrie erhobenen Einspruch gegen die Entsendung der Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung an. Sie verlangen eine Behandlung der Ausfuhrantrage von einer Stelle, damit die Einheitlichkeit der Ausfuhrregelung gewahrt bleibt. Ferner haben auch die Fittings- und Flanschen-Fabrikanten die Regierung gebeten, das Ausfuhrverbot zwecks Vermeidung einer Preisschleuderei auf dem Auslandsmarkt beizubehalten.

Erhöhung der Glaspreise. Der Verein der rheinischen und westfälischen Tafelglashütten hat beschlossen, die bisher geltenden Grundpreise dahin zu ändern, daß die Aufschläge von 90 Prozent plus 75 Prozent auf 90 Prozent plus 135 Prozent erhöht werden. Ferner tritt für nicht Originalkistlen (feste Maße) ein Sonderaufschlag von 10 Prozent ein. Die sächsischen und schlesischen Hütten werden voraussichtlich dieser Preiserhöhung folgen.

Die Gesellschaft für Deutsche Drahtausfuhr m. b. H. hat in ihrer jüngsten Vollversammlung mit aller Entschiedenheit gegen die Entsendung von Delegierten des Reichskommissars nach einzelnen Gliedstaaten Einspruch erhoben, weil dadurch die einheitliche Ausfuhrregelung und das Verbandswesen schwer geschädigt werde. Ferner hat die Gesellschaft die Beibehaltung des Ausfuhrverbots für Draht und Drahtwaren für dringend erforderlich erklärt, weil sonst der Preisschleuderei auf dem Auslandsmarkt Tür und Tor geöffnet sei.

Staatliche Kraftwagenverbindungen. In der am 3. November stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Sächsischen Motorommibus-Aktiengesellschaft soll u. a. über die geplante Einrichtung einer staatlichen Kraftwagenverbindung auf der Strecke Altenburg—Borna—Bad Lausick—Grimma Bericht erstattet werden.

Branntweinstatistik. Im August d. J. betrug die Branntweinerzeugung im Steuergebiet 42 246 Hektoliter Alkohol gegen 64 004 Hektoliter im August 1918, und seit Oktober des Vorjahres 1 282 706 Hektoliter (im Vorjahre 2 292 327 Hektoliter). Zur steuerfreien Verwendung wurden abgelassen im August 76 698 (114 681) Hektoliter und seit Oktober 1 034 207 (1 884 705) Hektoliter, darunter waren vollständig vergällt im August 57 427 (75 141) und seit Oktober 821 047 (1 440 586) Hektoliter. Am Schlusse des Monats verblieben unter amtlicher Ueberwachung 464 202 (444 671) Hektoliter. Nach Versteuerung in den freien Verkehr gesetzt wurden im August 6410 (18 796) Hektoliter und seit Oktober 91 827 (305 058) Hektoliter.

Die Hopfenernte Deutschlands kann jetzt im allgemeinen als beendet angesehen werden. Schon vor der Ernte sind vom Handel Schätzungen bekanntgegeben worden, die weit über das tatsächliche Ernteergebnis hinausgingen. Der Deutsche Hopfenbau-Verein gibt nunmehr die Ernte Deutschlands in 1919 auf zirka 62 500 Zentner an. Davon entfallen auf Bayern 39 000 bis 46 500 Zentner; auf Württemberg 14 000 Zentner, auf Baden 1500 Zentner und auf Preußen 5000 Zentner; die Schätzungen in Handelskreisen waren auf 120 000 Zentner, das ist fast das Doppelte, hinausgegangen. Auch im Saazer Gebiet ist die Ernte weit überschätzt worden, dort beträgt die Ernte kaum die Hälfte von den umgehenden Schätzungen. Die Saazer Ernte soll kaum 65 000 Zentner betragen, während im Auscher Gebiet ungefähr 20 000 Zentner geerntet worden sind.

Aktiengesellschaften

Vereinigte Stahlwerke von der Zypen und Wissener Eisenhütten Akt.-Ges. in Köln-Deutz. Einschließlich des Vortrages von 1 678 127 M. (i. V. 1 672 922 M.) weist der Rechnungsabschluß für das am 30. Juni d. J. beendete Geschäftsjahr 1918/19 einen Bruttogewinn von 6 436 816 M. (i. V. 15 919 646 M.) aus. Für Abschreibungen waren hiervon 3 150 218 M. (i. V. 4 867 286 M.) abzusetzen, so daß ein Reingewinn von 2 926 688 M. (i. V. 8 922 380 M.) verbleibt. Die Dividende wird mit 10 Prozent (i. V. 25 Prozent) vorgeschlagen. Der Vorstand verweist in seinem Rechenschaftsbericht auf die schweren Entäuschungen, die hinter uns liegen und auf die sich aus ihnen ergebenen bekannten Begleiterscheinungen. Eine der schwerwiegendsten war der Produktionsaufall, der zurzeit um so weniger zu ertragen ist, als unsere Arbeit das einzige Zahlungsmittel an das Ausland darstellt. Ein erschütterndes Bild entrollt sich, wenn man die Leistungen der deutschen Stahlwerke in den Monaten November 1918 bis Mai 1919 mit denen der Monate November 1917 bis Mai 1918 vergleicht. Nicht weniger als 4 Millionen Tonnen Rohstahl sind in dieser Zeitspanne gegenüber dem Vorjahre weniger erzeugt worden, eine Menge, die dem Auslande zugeführt, einen Geldwert darstellt, der größer ist, als die von der Reichsbank zum Ankauf von ausländischen Lebensmitteln zur Verfügung gestellten Goldmengen. Ein Vergleich der im Monat Juni 1918 gezahlten Lohnsummen auf den einzelnen Abteilungen des Unternehmens mit denen des Juni 1919 zeigt, daß die Löhne auf die Tonne geförderten Erz um das 2,4fache, auf die Tonne Roheisen um das 3,0fache, auf die Tonne Rohstahl um das 3,5fache und auf die Tonne Fertigblech um das 3,5fache gestiegen sind; das sind im wesentlichen die Errungenschaften der Revolution, die Einführung des Achtstundentages in Verbindung mit ungeheuer gesteigerten Löhnen und verringerten Arbeitsleistungen.

Harzer Werke zu Rübeland und Zorge in Blankenburg. Der Vorstand nach beabsichtigt die Gesellschaft ihr Grundkapital um rund ¾ Millionen Mark zu erhöhen auf den Betrag von 2 Millionen Mark. Zurzeit beträgt das Aktien-Kapital nach dreimaliger Sanierung 1 255 000 M.

Schäffer u. Budenberg G. m. b. H. in Magdeburg-Buckau. Neu in den Aufsichtsrat wurden, wie im Anzeigenteil bekannt gegeben wird, Fabrikbesitzer Walter Rudolph und Bankier Hermann Zuckschwerdt, beide in Magdeburg, gewählt.

Die Mitteldeutsche Pflanzenfabrik, Akt.-Ges., in Lebendau erhöht ihr Grundkapital um 250 000 M.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei Beginn des Börsenverkehrs setzte eine starke Aufwärtsbewegung am Kolonialmarkt in Deutsch-Kolonialanleihen, Pomonawerten und Ostpreußenscheinen ein. Pomona gewannen über 200, Deutsche Kolonialanleihe über 10 und Ostpreußenschein über 20 Prozent. Im übrigen gestaltete sich die Kursbewegung nicht einheitlich. Vielfach war Verkaufsneigung zu beobachten, angeblich weil die Mißstimmigkeiten mit der Entente wegen des Verhaltens der deutschen Truppen im Baltikum gewisse Besorgnisse verursachten. Am Montanmarkt stellten sich die Kurse meist mit Bruchteilen eines Prozents niedriger. Eine Besserung erfuhren wieder im Verlaufe Oberschlesische Eisenindustrie, und zwar um mehr als 20 Prozent und über den gestrigen Schlußkurs hinaus. Höher bezahlt wurden auch die meisten Farbwerte, wie Elberfelder Farben mit 5 Prozent, Höchster Farbwerke mit 7 Prozent. Dagegen litten Spezialpapiere, wie Deutsche Waffen, Hirsch-Kupfer unter einem stärkeren Druck. Auch Weser-Schiffbau litt wesentlich unter Realisationen. Das Geschäft zeigte meist ruhigeren Charakter. Es merkenswert war am Anlagemarkt die Steigerung des Kriegsanleihekurses von 77½ auf 78. Oesterreichische und ungarische Renten blieben unverändert. Die Börse schloß still und abgeschwächt. Pomonaaktien verloren die Hälfte des anfänglichen Gewinnes. Auch Kanadaaktien und Steaua Romana stellten sich beträchtlich niedriger.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt bewahrte Hafer bei kleinen Zufuhren feste Haltung. Aus dem Nordwesten lagen weitere Kaufaufträge vor. Dagegen war von Süddeutschland Neigung zu bemerken, gelaufte Waren wieder abzugeben. Erbsen waren nach wie vor fest, und auch sonstiges Hundefutter war fest gehalten. Auf Lupinen drückte der große Vorrat leichter Ware. Rüben wurden getragt. Runkelrüben stellten sich 4,00 Mark, gelbe Möhren auf 5,30 Mk. und rote Möhren auf 6,10 Mk. ab Station; Kohlrüben zirka 4,50 Mk. Weiter bewußt.

Hafernotierungen:

Berlin, 8. Oktober. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark loco ab Speicher frei Wagen 1280—1320, loco ab Bahnstation 1920. Tendenz ruhig.

Auszahlungen.

	Geld	Brief	Berlin, 8. Oktober.	Geld	Brief
Holland	964,00	966,00	Oesterreich abgst.	29,20	29,3
Dänemark	545,50	545,75	Ungarn	—,—	—,—
Schweden	621,75	623,25	Prag	74,90	75,1
Norwegen	579,25	580,75	Spanien	484,—	487,5
Schweiz	452,50	453,50	Finnland	110,25	110,7
Wien, alles	28,20	28,30			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			Deutsch-Luxemburg	161,2
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	77,80		Deutsche Uebersee-El.	116,—
5% Deutsche Reichsanl.	75,00		Deutsche Erdöl	368,00
4 „ „ „	71,90		Deutsche Gasglühl.	450,—
3½ „ „ „	67,50		Deutsche Kali	222,—
3 „ „ „	63,40		Deutsche Waff. u. Mun.	223,—
4 Preuss. Konsols	72,25		Donnersmarkhütte	240,00
4½ „ „ „	65,25		Düring u. Lehrmann	102,00
4 „ „ „	62,25		Dürkoppwerke	—,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	96,—		Elberfelder Farben	370,5
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	—,—		Felten u. Guilleaume	211,7
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	—,—		Gasmotoren Deutz	162,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	100,—		Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99,25		Gebhardt u. König	179,00
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—		Gelsenkirch. Bergb.	158,—
4 „ „	—,—		Glanziger Zuckerfbr.	281,—
Ausländ. Werte			Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	—,—		Hann. Masch.	205,—
4 Ungar. Gold-Rente	59,00		Harpener Berg	189,25
4 Ungar. Kronen-Rente	35,60		Hasper Eisen	190,—
Eisenbahn-Aktien:			Hirsch Kupfer	246,—
Halberstadt-Blankenh.	51,—		Höchster Farbw.	362,—
Halle-Reitstedter	66,—		Hoesch Eisen u. Stahl	241,00
Schantungbahn	165,00		Hohenlohe-Werke	143,25
Allg. Lokal-Str.	134,75		Humboldt-Masch.	164,50
Gr. Berl. Str.	121,00		Ilse-Bergbau	378,50
Magdeburger Str.-B.	132,—		Kahla-Porzellan	342,25
Lux. Prinz Heinrich.-B.	362,—		Kalw. Aschersleben	204,—
Orientbahn	27,7—		Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Schiffahrts-Akt.:			Kyffhäuserhütte	169,75
Hambg. Paketfahrt	114,50		Lahmeyer u. Co.	135,—
Hambg.-Südamerika	217,—		Lauchhammer	180,—
Hansa-Dampfschiff	275,—		Laurahütte	171,00
Nordd. Lloyd	116,5/8		Linke u. Hofmann	320,—
Banken:			Ludwig Loewe u. Co.	254,—
Bank für Thür.	—,—		Lothringer Hütte	174,—
Berl. Handelsges.	162,00		Mannesmannröhren	207,—
Comm u. Diskontobank	135,—		Maschinenfabr. Buckau	170,—
Darmstädter Bank	120,—		Oberschl. Eisenb.-Bed.	142,90
Pess. Landesbank	—,—		do. Caro Heg.	163,00
Deutsche Bank	233,—		do. Kokswerke	221,25
Diskonto-Comm.	178,—		Orenstein u. Koppel	192,75
Dresdner Bank	146,75		Phönix-Bergb.	265,00
Credit-Anst. Leipzig	128,75		Rhein. Metall-Vorz.	248,—
Mitteld. Kreditbank	122,25		Rhein. Stahlwaren	196,50
do. Privat-Bank	123,00		Riebeck. Montan.	247,50
Nationalbank	117,—		Rombacher Hütten	163,00
Oesterr. Kredit	101,—		Rositzer Braunk.	153,00
Reichsbank	—,—		Rositzer Zucker	175,—
Industrie-Aktien:			Sangerhäuser Masch.	268,—
Schultheiss-Brauerei	—,—		Hugo Schneider u. Co.	215,50
Akt. f. Anilin	315,—		Schuckert u. Co.	144,—
Allgem. Elektr.-Ges.	220,—		Siemens u. Halske	192,50
Ammendorfer Papierf.	—,—		Stettiner Chamotte	200,00
Anhalter Kohlenw.	214,—		Stettiner Vulkan	173,25
Annaberger Steingut	209,75		Stollberger Zinkh.	151,—
Badische Anilin	432,—		Strals. Spielkarten	237,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	172,—		Thale-Eisenhütte	200,50
Berl. Masch.-Bau	225,50		Treptis-Akt.-Ges.	158,—
Bismarckhütte	245,75		Türkische Tabakregie	560,—
Bochumer Gußstahl	196,75		Ver. Köln-Rottweiler	211,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—		Wanderer Werke	632,—
Chem. Grisheim	242,00		Wegelin u. Hübner	178,00
Chem. v. Heyden	253,—		Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Consolidation Schalke	200,00		Westeregeln-Alkali	294,75
Cröllwitzer Papierfabr.	215,—		Wittener Gußstahl	245,—
Daimler-Motoren	241,50		Wrede-Mälzerei	138,—
			Zeitzer Masch.	463,—
			Zellstoff Waldhof	220,25
			Otavi-Minen	288,—

Tendenz: ruhig.

Hauptschriftleiter. Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Weltwirtschaft und Sport: Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meier.
Anzeigenleiter: Paul Lerbsen; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910091-18/fragment/page=0004